

Innsbruck, 16. Juli 2026

Anfrage

Information, Kommunikation und politische Einbindung bei den Baustellenmaßnahmen im Bereich Innrain/Marktplatz

Mit 13. Juli 2026 begannen umfangreiche Bauarbeiten im Bereich Ottoburg, Innrain/Marktplatz. Neben einer Fahrbahnsanierung werden Arbeiten an der Haltestelle Marktplatz, an der Entwässerung, an Fernwärmeleitungen sowie in weiterer Folge umfangreiche Gleisbauarbeiten durchgeführt. Die Maßnahmen führen über mehrere Wochen zu erheblichen Einschränkungen für den Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr, Anrainerinnen und Anrainer sowie insbesondere für die Wirtschaft und die Altstadt.

Gerade bei derartigen Projekten ist eine frühzeitige, transparente und umfassende Information der Bevölkerung sowie der betroffenen Betriebe von zentraler Bedeutung. Tatsächlich entsteht jedoch der Eindruck, dass wesentliche Informationen nur sehr eingeschränkt kommuniziert wurden. So weisen die Baustellenbeschilderungen zwar auf den Beginn der Sperren hin, nicht jedoch auf deren voraussichtliche Dauer oder das Ende der Maßnahmen. Wer nicht aktiv Medienberichte oder Presseaussendungen verfolgt, erhält vor Ort kaum Informationen darüber, wie lange die Einschränkungen tatsächlich andauern werden.

Darüber hinaus fällt auf, dass größere Tiefbauprojekte dieser Art dem Gemeinderat offenbar nicht mehr vorgestellt oder erläutert werden. Damit fehlt nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch den gewählten Mandatarinnen und Mandataren vielfach die Möglichkeit, sich rechtzeitig über Umfang, Zeitplan, Auswirkungen und Kommunikationsmaßnahmen zu informieren.

Wir ersuchen Herrn Bürgermeister daher nachstehende Fragen zu beantworten:

1. Wann wurde die Entscheidung getroffen, die gegenständlichen Bauarbeiten in dieser Form und in diesem Zeitraum durchzuführen?
2. Welche Kommunikationsstrategie wurde für dieses Bauprojekt erstellt?
3. Welche konkreten Informationsmaßnahmen wurden gegenüber der Bevölkerung gesetzt (Presseaussendungen, Website, Social Media, Postwurfsendungen, Informationsschreiben, Newsletter, Anrainerinformationen etc.)?

4. Welche Maßnahmen wurden speziell gesetzt, um betroffene Wirtschaftsbetriebe, Gastronomiebetriebe und Anrainer rechtzeitig zu informieren?
5. Warum enthalten die Baustellenbeschilderungen zwar den Beginn der Sperren, nicht jedoch deren geplantes Ende bzw. die voraussichtliche Dauer der Verkehrsmaßnahmen?
6. Nach welchen Kriterien wird entschieden, ob größere Tiefbau- und Infrastrukturmaßnahmen dem Gemeinderat bzw. den zuständigen Ausschüssen vorgestellt werden?
7. Aus welchem Grund wurde dieses Bauprojekt dem Gemeinderat bzw. dem zuständigen Fachausschuss vor Beginn der Arbeiten nicht präsentiert?
8. Seit wann und warum werden größere Tiefbauprojekte nicht mehr regelmäßig in den zuständigen politischen Gremien vorgestellt?
9. Welche Gesamtkosten entstehen durch die gegenständlichen Bauarbeiten, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Projektteilen (Straßenbau, Entwässerung, Haltestelle, Fernwärme, Gleisbau usw.)?
10. Welche Synergieeffekte konnten durch die Zusammenlegung der verschiedenen Baustellen tatsächlich erzielt werden und wie hoch sind die dadurch erwarteten Einsparungen?
11. Welche Evaluierung der Informations- und Kommunikationsmaßnahmen ist nach Abschluss der Bauarbeiten vorgesehen?
12. Beabsichtigt die Stadt künftig bei vergleichbaren Baustellen eine transparentere Information über Dauer, Bauphasen und Projektfortschritt – insbesondere durch eine klarere Beschilderung vor Ort sowie eine frühzeitige Einbindung der politischen Gremien? Falls nein, warum nicht?
13. Hält die Stadtregierung die derzeitige Informationspolitik bei Baustellen dieser Größenordnung für ausreichend? Falls ja, anhand welcher Kriterien wird dies beurteilt?
14. Die 40 GemeinderätInnen werden in der Bevölkerung auch als AnsprechpartnerInnen wahrgenommen. Warum haben der Bürgermeister und die Stadtregierung die GemeinderätInnen nicht objektiv und proaktiv über diese wesentliche Baustelle und Verkehrsführung informiert?